Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2026/1135

29.5.2026

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2026/1135 DER KOMMISSION

vom 26. Mai 2026

über den Rechnungsabschluss der Zahlstellen der Mitgliedstaaten für die im Rahmen der GAP-Strategiepläne vom Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) für den Zeitraum 2023-2027 im Haushaltsjahr 2025 finanzierten Ausgaben

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2026) 3341)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 ([1]), insbesondere auf Artikel 53 Absatz 1 Unterabsatz 1 und Artikel 104 Absatz 1,

nach Anhörung des Ausschusses für die Agrarfonds,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 104 Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2021/2116 gelten Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b, Artikel 5, Artikel 7 Absatz 3, die Artikel 9, 17, 21 und 34, Artikel 35 Absatz 4, die Artikel 36, 37, 38, 40 bis 43, 51, 52, 54, 56, 59, 63, 64, 67, 68, 70 bis 75, 77, 91 bis 97, 99 und 100, Artikel 102 Absatz 2 und die Artikel 110 und 111 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates ([2]) weiterhin für den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) hinsichtlich der Ausgaben der Begünstigten und der Zahlungen der Zahlstellen im Rahmen der Durchführung von Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates ([3]) für das Haushaltsjahr 2025.

(2) Gemäß Artikel 64 Absatz 2 Buchstabe a der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 der Kommission ([4]) gelten Artikel 2, Artikel 3 Absatz 1 Unterabsatz 1, Artikel 3 Absatz 2, Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b, Artikel 5, Artikel 6, Artikel 7, Artikel 21 bis 25, Artikel 27, Artikel 28, Artikel 29, Artikel 30 Absatz 1 Buchstaben a, b und c, Artikel 30 Absätze 2, 3 und 4 und Artikel 31 bis 40 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 der Kommission ([5]) im Hinblick auf den ELER weiterhin für bei den Begünstigten angefallene Ausgaben und von den Zahlstellen vorgenommene Zahlungen im Rahmen der Durchführung der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 für das Haushaltsjahr 2025.

([1]) ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 187, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/2116/oj.

([2]) Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/1306/oj).

([3]) Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 487, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/1305/oj).

([4]) Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 der Kommission vom 21. Dezember 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Finanzverwaltung, des Rechnungsabschlusses, der Kontrollen, der Sicherheiten und der Transparenz (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 131, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2022/128/oj).

([5]) Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 der Kommission vom 6. August 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Mittelverwaltung, des Rechnungsabschlusses und der Bestimmungen für Kontrollen, Sicherheiten und Transparenz (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 59, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2014/908/oj).

(3) Gemäß Artikel 53 der Verordnung (EU) 2021/2116 führt die Kommission den Rechnungsabschluss der in Artikel 9 derselben Verordnung genannten Zahlstellen vor dem 31. Mai des Jahres, das auf das betreffende Haushaltsjahr folgt, durch und stützt sich dabei auf die Jahresrechnungen, welche die Mitgliedstaaten mit den für ihren Abschluss notwendigen Auskünften, einer Stellungnahme zur Vollständigkeit, Genauigkeit und sachlichen Richtigkeit der übermittelten Rechnungen und den Berichten der bescheinigenden Stellen vorlegen.

(4) Gemäß Artikel 35 der Verordnung (EU) 2021/2116 beginnt das Haushaltsjahr am 16. Oktober des Jahres N-1 und endet am 15. Oktober des Jahres N. Um den Bezugszeitraum für die Ausgaben des ELER an den des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft anzugleichen, sollten im Rahmen des Rechnungsabschlusses für das Haushaltsjahr 2025 die von den Mitgliedstaaten im Zeitraum vom 16. Oktober 2024 bis zum 15. Oktober 2025 getätigten Ausgaben berücksichtigt werden, wie in Artikel 11 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 vorgesehen.

(5) Dieser Beschluss betrifft den Rechnungsabschluss der Zahlstellen der Mitgliedstaaten für die im Rahmen der GAP-Strategiepläne vom ELER für den Zeitraum 2023-2027 im Haushaltsjahr 2025 finanzierten Ausgaben Die Ausgaben für das letzte Durchführungsjahr (vom 16. Oktober 2024 bis zum 31. Dezember 2025) des ELER-Programmplanungszeitraums 2014-2022 werden gemäß Artikel 37 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 Gegenstand eines nach dem 30. Juni 2026 zu fassenden Rechnungsabschlussbeschlusses sein.

(6) Gemäß Artikel 35 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 werden zur Bestimmung der Beträge, die aufgrund des in Artikel 35 Absatz 1 derselben Durchführungsverordnung genannten Rechnungsabschlussbeschlusses von jedem Mitgliedstaat wiedereinzuziehen bzw. ihm zu erstatten sind, die für das betreffende Haushaltsjahr geleisteten Zwischenzahlungen von den für das betreffende Jahr gemäß Artikel 35 Absatz 1 anerkannten Ausgaben abgezogen. Gemäß Artikel 35 Absatz 2 Unterabsatz 3 der genannten Durchführungsverordnung kürzt bzw. erhöht die Kommission die folgende Zwischenzahlung um den betreffenden Betrag.

(7) Die Kommission hat die von den Mitgliedstaaten übermittelten Unterlagen überprüft und den Mitgliedstaaten die Ergebnisse der Überprüfung zusammen mit den vorgeschlagenen Änderungen mitgeteilt.

(8) Die Kommission kann anhand der Jahresrechnungen und der beigefügten Unterlagen einen Beschluss über die Vollständigkeit, Genauigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnungen aller Zahlstellen fassen.

(9) Die Vorschriften über Zahlungsfristen für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums im Rahmen des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems gemäß Artikel 44 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/2116 gelten seit dem Antragsjahr 2023. Die Kürzungen wegen Nichteinhaltung der letztmöglichen Zahlungsfristen, die gemäß Artikel 5 der Delegierten Verordnung (EU) 2022/127 der Kommission [6] berechnet werden, erfolgen nach dem Verfahren gemäß Artikel 39 der Verordnung (EU) 2021/2116 und sind in diesem Beschluss für das Haushaltsjahr 2025 zu berücksichtigen. Diese Kürzungen können gegebenenfalls im Rahmen von Konformitätsabschlussverfahren gemäß Artikel 55 der Verordnung (EU) 2021/2116 weiter geprüft werden.

(10) Gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 werden bei Forderungen aufgrund von Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit Ausgaben gemäß Artikel 104 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/2116 die finanziellen Folgen einer Nichtwiedereinziehung zu 50 % von dem betreffenden Mitgliedstaat getragen, wenn die Wiedereinziehung nicht innerhalb einer Frist von vier Jahren ab dem Zeitpunkt der Wiedereinziehungsaufforderung erfolgt ist, bzw. innerhalb einer Frist von acht Jahren, wenn die Wiedereinziehung Gegenstand eines Verfahrens vor den nationalen Gerichten ist. Gemäß Artikel 54 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 müssen die Mitgliedstaaten den Jahresrechnungen, die sie der Kommission gemäß Artikel 29 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 vorlegen müssen, eine bescheinigte Tabelle über die gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 zu ihren Lasten gehenden Beträge beifügen. Die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 regelt im Einzelnen, wie die Mitgliedstaaten ihrer Pflicht zur Berichterstattung über die wiedereinzuziehenden Beträge nachzukommen haben. Anhang II der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 enthält die Mustertabelle, die die Mitgliedstaaten zur Angabe der wiedereinzuziehenden Beträge zu übermitteln haben. Auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten ausgefüllten Tabellen entscheidet die Kommission über die finanziellen Folgen der Nichtwiedereinziehung bei den mehr als vier bzw. mehr als acht Jahre zurückliegenden Unregelmäßigkeiten.

[6] Delegierte Verordnung (EU) 2022/127 der Kommission vom 7. Dezember 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Zahlstellen und anderen Einrichtungen, die Finanzverwaltung, den Rechnungsabschluss, Sicherheiten und die Verwendung des Euro (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 95, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2022/127/oj).

(11) Gemäß Artikel 54 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 können die Mitgliedstaaten bei Forderungen aufgrund von Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit Ausgaben gemäß Artikel 104 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/2116 in hinreichend begründeten Fällen beschließen, die Wiedereinziehung nicht fortzusetzen. Dieser Beschluss kann jedoch nur gefasst werden, wenn die bereits aufgewendeten Kosten und die voraussichtlichen Wiedereinziehungskosten zusammen den wiedereinzuziehenden Betrag überschreiten oder wenn die Wiedereinziehung wegen nach dem nationalen Recht des betreffenden Mitgliedstaats festgestellter Insolvenz des Schuldners oder der für die Unregelmäßigkeit rechtlich verantwortlichen Personen unmöglich ist. Wird dieser Beschluss innerhalb einer Frist von vier Jahren ab der Wiedereinziehungsaufforderung gefasst, bzw. innerhalb einer Frist von acht Jahren, wenn die Wiedereinziehung Gegenstand eines Verfahrens vor den nationalen Gerichten ist, so sollten die finanziellen Folgen der Nichtwiedereinziehung zu 100 % vom Unionshaushalt getragen werden. Die Beträge, für die ein bestimmter Mitgliedstaat beschlossen hat, die Wiedereinziehung nicht fortzusetzen, und die Gründe für seinen Beschluss sind gemäß Artikel 54 Absatz 4 der genannten Verordnung in den Jahresrechnungen zu vermerken. Diese Beträge sollten dem betreffenden Mitgliedstaat daher nicht angelastet werden und sind folglich vom Unionshaushalt zu tragen.

(12) In diesem Beschluss sollten auch die Beträge berücksichtigt werden, die den Mitgliedstaaten für die ELER-Programmplanungszeiträume 2007-2013 und 2014-2022 noch anzulasten sind und für die Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 gemäß Artikel 104 Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe c der Verordnung (EU) 2021/2116 weiterhin gilt.

(13) Gemäß Artikel 53 der Verordnung (EU) 2021/2116 sollte der vorliegende Beschluss späteren Beschlüssen nicht vorgreifen, die die Kommission gemäß den Artikeln 54 und 55 der genannten Verordnung möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt fasst —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die Rechnungen der Zahlstellen der Mitgliedstaaten über die im Rahmen der GAP-Strategiepläne vom Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) im Haushaltsjahr 2025 und in Bezug auf den Zeitraum 2023-2027 finanzierten Ausgaben werden abgeschlossen.

Die im Rahmen der GAP-Strategiepläne für den Zeitraum 2023-2027 gemäß diesem Beschluss von jedem Mitgliedstaat wiedereinzuziehenden bzw. ihm zu erstattenden Beträge des ELER sind in Anhang I dieses Beschlusses aufgeführt.

Artikel 2

Die den Mitgliedstaaten in Anwendung des Artikels 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 in Bezug auf den Programmplanungszeitraum 2014-2022 sowie den Programmplanungszeitraum 2007-2013 des ELER anzulastenden Beträge sind in Anhang II dieses Beschlusses aufgeführt.

Die Kürzungen bei Nichteinhaltung der letztmöglichen Zahlungsfristen gemäß Artikel 44 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/2116 im Rahmen der jeweiligen GAP-Strategiepläne sind in Anhang III dieses Beschlusses aufgeführt.

Artikel 3

Dieser Beschluss gilt unbeschadet späterer Konformitätsabschlussbeschlüsse der Kommission gemäß Artikel 55 der Verordnung (EU) 2021/2116, mit denen nicht in Übereinstimmung mit den Unionsvorschriften getätigte Ausgaben von der Unionsfinanzierung ausgeschlossen werden, sowie sämtlicher Maßnahmen zur Umsetzung von Beschlüssen der Kommission über den jährlichen Leistungsabschluss gemäß Artikel 54 der Verordnung (EU) 2021/2116, mit denen Ausgaben von der Unionsfinanzierung ausgeschlossen werden, denen kein entsprechender Output im jährlichen Leistungsbericht gegenübersteht.

Artikel 4

Dieser Beschluss ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 26. Mai 2026

Für die Kommission
Christophe HANSEN
Mitglied der Kommission

ANHANG I

Abgeschlossene ELER-Ausgaben nach GAP-Strategieplan für das Haushaltsjahr 2025

Von den Mitgliedstaaten wiedereinzuziehende bzw. ihnen zu erstattende Beträge nach GAP-Strategieplan

Genehmigter GAP-Strategieplan mit zulasten des ELER 2023-2027 gemeldeten Ausgaben

(in EUR)

Mitglied-staat	CCI	Ausgaben 2025	Korrekturen	Insgesamt	Nicht wiederverwendbare Beträge	Übernommener und akzeptierter Betrag für das Haushaltsjahr 2025	Zwischenzahlungen, die dem Mitgliedstaat für das Haushaltsjahr erstattet wurden (*)	Von dem Mitgliedstaat wiedereinzuziehender (–) oder ihm zu erstattender (+) Betrag
		i	ii	iii = i + ii	iv	v = iii - iv	vi	vii = v - vi
AT	2023AT06AFSP001	429 827 366,11	0,00	429 827 366,11	0,00	429 827 366,11	429 827 366,11	0,00
BE	2023BE06AFSP001	40 922 031,08	0,00	40 922 031,08	0,00	40 922 031,08	40 921 509,88	521,20
BE	2023BE06AFSP002	22 888 803,27	0,00	22 888 803,27	0,00	22 888 803,27	22 864 545,83	24 257,44
BG	2023BG06AFSP001	49 777 581,77	0,00	49 777 581,77	0,00	49 777 581,77	49 052 621,59	724 960,18
CY	2023CY06AFSP001	16 180 532,04	0,00	16 180 532,04	0,00	16 180 532,04	16 180 532,04	0,00
CZ	2023CZ06AFSP001	197 384 860,76	0,00	197 384 860,76	0,00	197 384 860,76	197 387 776,51	- 2 915,75
DE	2023DE06AFSP001	852 673 326,33	0,00	852 673 326,33	0,00	852 673 326,33	852 921 439,18	- 248 112,85
DK	2023DK06AFSP001	70 611 053,19	0,00	70 611 053,19	0,00	70 611 053,19	70 611 053,17	0,02
EE	2023EE06AFSP001	34 514 938,00	0,00	34 514 938,00	0,00	34 514 938,00	34 515 716,57	- 778,57
ES	2023ES06AFSP001	497 519 923,98	0,00	497 519 923,98	0,00	497 519 923,98	497 802 644,49	- 282 720,51
FI	2023FI06AFSP001	292 835 758,52	0,00	292 835 758,52	0,00	292 835 758,52	292 836 589,83	- 831,31
FR	2023FR06AFSP001	1 273 396 936,26	0,00	1 273 396 936,26	0,00	1 273 396 936,26	1 273 360 922,78	36 013,48
EL	2023EL06AFSP001	158 091 443,09	0,00	158 091 443,09	0,00	158 091 443,09	158 103 790,14	- 12 347,05
HR	2023HR06AFSP001	147 115 122,10	0,00	147 115 122,10	0,00	147 115 122,10	147 115 125,56	- 3,46
HU	2023HU06AFSP001	286 092 696,89	0,00	286 092 696,89	0,00	286 092 696,89	286 092 733,37	- 36,48

(in EUR)

Mitgliedstaat	CCI	Ausgaben 2025	Korrekturen	Insgesamt	Nicht wiederverwendbare Beträge	Übernommener und akzeptierter Betrag für das Haushaltsjahr 2025	Zwischenzahlungen, die dem Mitgliedstaat für das Haushaltsjahr erstattet wurden (*)	Von dem Mitgliedstaat wiedereinzuziehender (–) oder ihm zu erstattender (+) Betrag
		i	ii	iii = i + ii	iv	v = iii - iv	vi	vii = v - vi
IE	2023IE06AFSP001	266 168 711,00	0,00	266 168 711,00	0,00	266 168 711,00	266 168 711,00	0,00
IT	2023IT06AFSP001	593 369 158,18	0,00	593 369 158,18	0,00	593 369 158,18	593 593 476,30	- 224 318,12
LT	2023LT06AFSP001	154 288 598,49	0,00	154 288 598,49	0,00	154 288 598,49	154 288 608,22	- 9,73
LU	2023LU06AFSP001	9 624 087,66	0,00	9 624 087,66	0,00	9 624 087,66	9 603 372,68	20 714,98
LV	2023LV06AFSP001	67 667 238,56	0,00	67 667 238,56	0,00	67 667 238,56	67 667 238,56	0,00
MT	2023MT06AFSP001	14 136 671,87	0,00	14 136 671,87	0,00	14 136 671,87	14 136 769,70	- 97,83
NL	2023NL06AFSP001	158 858 031,65	0,00	158 858 031,65	0,00	158 858 031,65	158 858 031,65	0,00
PL	2023PL06AFSP001	533 777 792,21	0,00	533 777 792,21	0,00	533 777 792,21	535 248 474,52	- 1 470 682,31
PT	2023PT06AFSP001	132 405 609,14	0,00	132 405 609,14	0,00	132 405 609,14	132 447 839,68	- 42 230,54
RO	2023RO06AFSP001	667 596 602,07	0,00	667 596 602,07	0,00	667 596 602,07	667 544 104,36	52 497,71
SE	2023SE06AFSP001	136 200 795,87	0,00	136 200 795,87	0,00	136 200 795,87	136 767 246,42	- 566 450,55
SI	2023SI06AFSP001	85 079 918,82	0,00	85 079 918,82	0,00	85 079 918,82	85 079 921,83	- 3,01
SK	2023SK06AFSP001	129 317 303,92	0,00	129 317 303,92	0,00	129 317 303,92	129 318 974,62	- 1 670,70

(*) Zwischenzahlungen, die dem Mitgliedstaat für das Haushaltsjahr erstattet wurden, umfassen negative Beträge, die im Haushaltsjahr 2025 gemeldet wurden. Diese negativen Beträge wurden mit den vierteljährlichen Zahlungen an die betreffenden Mitgliedstaaten verrechnet.

ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2026/1135/oj

ANHANG II

Abschluss der Rechnungen der Zahlstellen

Haushaltsjahr 2025 — ELER

		Korrekturen für den Programmplanungszeitraum 2014-2020		Korrekturen für den Programmplanungszeitraum 2007–2013	
Mitgliedstaat	Währung	in Landeswährung	in EUR	in Landeswährung	in EUR
AT	EUR	0,00	657,07	0,00	0,00
BE	EUR	0,00	12 728,94	0,00	2 054,14
BG	BGN	622 332,90	0,00	5 088 167,75	0,00
CY	EUR	0,00	0,00	0,00	0,00
CZ	CZK	72 748,68	0,00	6 356 407,29	0,00
DE	EUR	0,00	129 531,70	0,00	18 376,71
DK	DKK	0,00	0,00	0,00	0,00
EE	EUR	0,00	108 430,19	0,00	126 460,33
ES	EUR	0,00	1 156 004,22	0,00	12 991,51
FI	EUR	0,00	83 509,81	0,00	11 904,87
FR	EUR	0,00	300 648,66	0,00	71 538,82
EL	EUR	0,00	289 840,83	0,00	539 987,15
HR	EUR	0,00	196 436,34	0,00	0,00
HU	HUF	14 465 302,00	0,00	629 345 312,00	0,00
IE	EUR	0,00	14 406,32	0,00	0,00
IT	EUR	0,00	2 316 111,75	0,00	23 693 092,02
LT	EUR	0,00	3 453,72	0,00	1 306 195,50
LU	EUR	0,00	0,00	0,00	0,00
LV	EUR	0,00	72 531,04	0,00	0,00
MT	EUR	0,00	2 924,69	0,00	0,00
NL	EUR	0,00	0,00	0,00	0,00
PL	PLN	1 443 372,01	0,00	3 523 171,13	0,00
PT	EUR	0,00	679 136,85	0,00	2 314 488,13
RO	RON	1 968 527,66	0,00	30 133 504,28	0,00
SE	SEK	140 513,07	0,00	0,00	0,00
SI	EUR	0,00	2 244,99	0,00	290 930,37
SK	EUR	0,00	0,00	0,00	497 182,08

ANHANG III

Abschluss der Rechnungen der Zahlstellen

Haushaltsjahr 2025 — ELER

Kürzungen wegen Nichteinhaltung der letztmöglichen Zahlungsfristen gemäß Artikel 44 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/2116

(in EUR)

Mitgliedstaat	CCI	Kürzungen wegen Nichteinhaltung der letztmöglichen Zahlungsfristen für das Haushaltsjahr 2025
AT	2023AT06AFSP001	0,00
BE	2023BE06AFSP001	0,00
BE	2023BE06AFSP002	0,00
BG	2023BG06AFSP001	56 127,58
CY	2023CY06AFSP001	0,00
CZ	2023CZ06AFSP001	0,00
DE	2023DE06AFSP001	0,00
DK	2023DK06AFSP001	0,00
EE	2023EE06AFSP001	0,00
ES	2023ES06AFSP001	0,00
FI	2023FI06AFSP001	0,00
FR	2023FR06AFSP001	3 358 802,76
EL	2023EL06AFSP001	0,00
HR	2023HR06AFSP001	2 078 251,27
HU	2023HU06AFSP001	9 677 207,82
IE	2023IE06AFSP001	4 226 460,67
IT	2023IT06AFSP001	2 675 612,85
LT	2023LT06AFSP001	0,00
LU	2023LU06AFSP001	0,00
LV	2023LV06AFSP001	0,00
MT	2023MT06AFSP001	68 606,63
NL	2023NL06AFSP001	0,00
PL	2023PL06AFSP001	515 112,03
PT	2023PT06AFSP001	0,00
RO	2023RO06AFSP001	0,00
SE	2023SE06AFSP001	0,00
SI	2023SI06AFSP001	0,00
SK	2023SK06AFSP001	0,00